

Die Betonung der „religiösen Freiheit“ lässt die Nicht-Religiösen im Stich – sagt der neue UN-Experte für Freiheit der Religion oder des Glaubens

Zu viele Leute haben "eng definierte Sichtweisen auf religiöse Freiheit", die zum Ausschluss von Humanisten, Atheisten und Nicht-Religiösen von Schutz durch Menschenrechte führen. Das ist die Ansicht des neu ernannten Experten für "Freiheit der Religion oder des Glaubens", Ahmed Shaheed. Shaheed, der früher Politiker auf den Malediven war, übernahm den Posten des UN-Sonderbotschafters für Freiheit von Religion oder Glauben am 1. November 2016.

Im Vorwort zu einem neuen Report über Diskriminierung und Verfolgung von Nicht-Religiösen, beklagt Shaheed die Gesetze gegen "Blasphemie" und "Apostasie" (konvertieren oder die Religion verlassen):

"Während jedermann mit diesen Gesetzen in Konflikt geraten kann und es oft Anschuldigungen gibt, um diese Gesetze für politische Zwecke zu gebrauchen, kriminalisieren diese Gesetze potenziell automatisch Widerspruch und freies Denken, und sie machen "Nichtgläubige", Humanisten und Atheisten zu Opfern. Was noch schockierender ist, ist die Grausamkeit, mit der jene bestraft werden, die angeklagt werden, gegen diese Gesetze verstoßen zu haben - durch staatliche Institutionen oder nichtstaatliche Akteure, einschließlich Nachbarn und Verwandte."

Der "Freedom of Thought Report 2016", erstellt von der Internationalen Humanistischen und Ethischen Union (IHEU), belegt Diskriminierung und Verfolgung von Humanisten, Atheisten und Nicht-Religiösen, und zwar mit einer Beurteilung jedes einzelnen Landes. Der Bericht stellt fest, dass "Blasphemie" in mindestens 59 Ländern unter Strafe gestellt ist mit einer Haftstrafe oder in manchen Fällen mit dem Tod. In 22 Ländern gibt es Gesetze gegen Apostasie. In mindestens 13 Ländern existiert die Todesstrafe für Blasphemie oder Apostasie.

Ahmed Shaheeds Heimatland, die Malediven, wird in den Bericht streng kritisiert. Während die Malediven im Westen als Luxus-Ferienziel bekannt sind, werden dort per Gesetz alle Bürger als Muslime angesehen, und jedes bürgerliche Gesetz ist der Sharia untergeordnet. Die Inhaber von atheistischen Facebook-Seiten wurden in den letzten Jahren öffentlich geoutet, gekidnappt und dazu verurteilt, ihren Atheismus zu widerrufen. Außerdem gab es Verfolgungen wegen "Apostasie" und zumindest einen Selbstmord im Zusammenhang damit, als Atheist geoutet worden zu sein.

Diese fünfte Jahres-Ausgabe des Freedom of Thought Report ist jetzt online

Der Dachverband Freier Weltanschauungsgemeinschaften e.V. (DFW) ist ein Zusammenschluss von Verbänden und Gemeinschaften in Deutschland, die für die Verwirklichung der in Artikel 4 des Grundgesetzes garantierten Freiheit des Glaubens, des Gewissens und des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses eintreten. Er setzt sich dafür ein, dass niemand wegen seiner Herkunft, seiner Lebensauffassung und seines Geschlechts benachteiligt oder bevorzugt wird. Der DFW steht als Vertreter freigeistiger kirchenfreier Menschen ein für Humanismus, Toleranz und Menschenrechte, für ein friedliches Zusammenleben der Menschen unabhängig von ihren religiösen, weltanschaulichen und politischen Anschauungen und für ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Mensch und Natur. Er ist für alle freigeistigen Gemeinschaften offen, die seine Ziele unterstützen. Der DFW ging 1991 aus dem Deutschen Volksbund für Geistesfreiheit hervor. Er setzt damit die Bestrebungen zur Bündelung der freigeistig-humanistischen Kräfte in Deutschland fort.



pfw – Pressedienst des Dachverbandes Freier Weltanschauungsgemeinschaften e.V.

Präsidentin: Renate Bauer, Otto-Dill-Str. 20, 67061 Ludwigshafen, Tel. 0621-581718

Auswertung/Abdruck honorarfrei. Belegexemplar erbeten an die pfw-Redaktion:

Ortrun E. Lenz M.A., Beethovenstr. 96, 63263 Neu-Isenburg, Tel. 06102-723509, Fax 723513

E-Mail: praesidentin-dfw@t-online.de * ortrun.e.lenz@t-online.de



Pressdienst Freier Weltanschauungsgemeinschaften

zugänglich (www.freethoughtreport.com), mit interaktiven Seiten für jedes Land in der Welt. IHEU-Präsident Andrew Copson sagte: "Dies ist eine gewaltige Entwicklung für den Bericht, und er kommt zu einem Zeitpunkt, der ein Scheideweg in der Weltgeschichte betrachtet werden kann. ... Die Rechte und Gleichbehandlung von Nicht-Religiösen sind in Gefahr und es gibt einen weitgehenden Anstieg der Unterdrückung humanistischer Werte. Den Normen der Demokratie und des Säkularismus wurde schwerer Schaden zugefügt, und es gibt neue Bedrohungen all unserer Freiheiten."

Der Bericht behandelt außerdem den Aufstieg populistischer Parteien und Anführer, außerdem die Tatsache, dass diese in einigen Fällen einer neuen Keimzelle von "traditionalistischem und religiösem Autoritarismus" Vorschub leisten. Mit Beispielen früherer Präsidentschaftswahlen in Bulgarien, Moldavien, den Vereinigten Staaten und heutigen Regierungen einschließlich Polen und Ungarn zieht der Redakteur des Reports, Bob Churchill, die Aufmerksamkeit auf "das sehr reale Risiko in manchen Ländern, dass unter nationalistischem Populismus die Rechte der Liberal-Religiösen und der Nicht-Religiösen, bestimmte humanistische Werte zu manifestieren, herabgesetzt oder verloren gehen könnten".

Der "Freedom of Thought Report" wurde veröffentlicht auf www.freethoughtreport.com. Weitere Informationen gibt es bei report@iheu.org oder telefonisch unter 0044-207-490-8468 (Bürozeiten).

Internationale Humanistische und Ethische Union (IHEU) - Übers. Ortrun Lenz

Zwei bedeutende Unitarier sind von uns gegangen

Mit tiefer Trauer, aber auch großer Dankbarkeit haben Präsidium und Vorstand den Tod von Anneliese Müller und Hans-Dieter Kahl aufgenommen.

Anneliese Müller starb am 11. September im 101. Lebensjahr in München. Sie hat nicht nur über viele Jahre lang die Jugendleite in München geleitet, Anneliese war mit ihrem großen Engagement für die Integration ausländischer Kinder und Jugendlicher über Jahrzehnte hinweg in dieser Arbeit sicher eine der Vorreiterinnen. Im letzten Jahr konnte sie noch gemeinsam mit der Leitung unserer Landesgemeinde Bayern die von der Gesamtgemeinschaft eingeworbenen Spenden von Unitarierinnen und Unitariern aus ganz Deutschland an die von ihr mitgegründete „Initiativgruppe für Begegnung und Bildung“ übergeben. Anneliese Müller hat immer wieder auf die soziale Verpflichtung hingewiesen, die aus unserer unitarischen Religion erwächst.

Professor Hans-Dietrich Kahl ist am 30. September verstorben. Hans-Dieter war sicher der führende Experte für die Geschichte und Entwicklung der Unitarier in Deutschland, insbesondere nach dem Zweiten Weltkrieg. Mit ihm geht wohl einer der letzten Zeitzegen der ersten Treffen auf dem Klüt, die zur Wiedegründung unserer Religionsgemeinschaft nach der Nazi-Zeit führten. Nicht nur seine zahlreichen Publikationen und Bücher werden uns auch weiterhin in unserer täglichen Arbeit begleiten; Hans Dieter war Leiter des Geistigen Rates über viele Jahre und maßgeblich an der Formulierung der heute gültigen Grundgedanken beteiligt. Dass diese Grundgedanken nach über 20 Jahren noch immer auf eine breite Akzeptanz stoßen, ist Beleg für seine zukunftsweisenden Beiträge zur unitarischen Religion.

Mit Anneliese und Hans-Dieter sind zwei Stimmen für immer verstummt, die uns über Jahrzehnte bereichert und erfreut haben. Wir verneigen uns vor zwei herausragenden Persönlichkeiten, die unsere Gemeinschaft entscheidend geprägt haben.

**Im Namen von Präsidium und Vorstand der
Unitarier - Religionsgemeinschaft freien Glaubens e.V.
Karsten Urban**



pfw – Pressdienst des Dachverbandes Freier Weltanschauungsgemeinschaften e.V.

Präsidentin: Renate Bauer, Otto-Dill-Str. 20, 67061 Ludwigshafen, Tel. 0621-581718

Auswertung/Abdruck honorarfrei. Belegexemplar erbeten an die pfw-Redaktion:

Ortrun E. Lenz M.A., Beethovenstr. 96, 63263 Neu-Isenburg, Tel. 06102-723509, Fax 723513

E-Mail: praesidentin-dfw@t-online.de * ortrun.e.lenz@t-online.de



Pressdienst Freier Weltanschauungsgemeinschaften

Festakt 125 Jahre

Freireligiöse Gemeinde Ludwigshafen

Ihren Gründungstag, den 29. November 1891, feierte die Freireligiöse Gemeinde Ludwigshafen mit einem Festakt am Dienstag, 29. November 2016 im Johannes-Ronge-Haus.

Nach der Begrüßung durch Gemeindevorsteher Jürgen Kofink hielt Landessprecherin Renate Bauer die Festrede unter dem Titel „Drei V für freireligiös: Verantwortung - Vernunft - Vertrauen“. Sie bezeichnete diese Prinzipien als grundlegend für eine Freie Religion. Verantwortung sei Ergebnis jeder Freiheit und bedeute, nicht nur die eigene Freiheit zu leben, sondern auch die aller anderen und bedeute, nicht anderen Schuld am eigenem Ungemach zuzuschreiben, sondern zuerst einmal nach dem eigenen Beitrag zu fragen und von da aus auch die Verantwortung anderer zu erkennen. Selbstbestimmung des eigenen Lebens ist daher ein hohes Gut und dafür trete die Freireligiöse Gemeinde seit Gründung ein. Vernunft als Prinzip des Zweifelns, der für eine Freie Religion über dem Glauben stehe, brauche es als Rahmen zur positiven Gestaltung von Gefühlen, zum Erkennen des Wertes des Mitgefühls und für Menschlichkeit und Bescheidenheit, da sie erkenne, dass alle Menschen Fehler machen und Fehlerfreundlichkeit weiterführe als ständige Empörung. Vertrauen als Basis allen menschlichen Zusammenlebens setze, wie die Geschichte der Freien Religion zeige, die gegenseitige Anerkennung als gleichwertig, den Einsatz für mehr Freiheit, den Respekt vor Bürgern und Bürgerinnen als fähig, ihr Leben selbst zu gestalten, Gesetze sollten daher nicht alle unter Generalverdacht stellen. Vertrauen mache diejenigen, denen es entgegengebracht werde, auch verantwortlich, womit sich der Kreis schließe.

Prof. Dr. Konrad Wolf, Minister für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur überbrachte in seiner Ansprache die Grüße der Landesregierung. Er hob hervor, dass die Freireligiösen Gemeinden auf dem Boden der Aufklärung entstanden seien und diese auch in schweren Zeiten hochhielten. Die Werte der Aufklärung seien heute wieder besonders vonnöten, da die Welt noch komplexer geworden sei und ihre Pluralität die Achtung vor der Vielfalt benötige. Er verwies ferner auf grundlegende Regeln des Zusammenlebens, die sich in allen Kulturen herausgebildet hätten und Basis sein können für ein friedliches Zusammenleben. Bürgermeister Wolfgang Van Vliet, Ortsvorsteher Christoph Heller, sowie weitere Vertreter von Stadtratsfraktionen, Vereinen und anderen Freireligiösen Gemeinden überbrachten Grußworte zum Jubiläum und überreichten teilweise Spenden zur Unterstützung von Jugendarbeit und Flüchtlingshilfe der Gemeinde.

Gemeinsam mit den Ehrengästen (Vertreter von Freireligiösen Gemeinden aus der Region, Vertreter der Ludwigshafener Stadtratsfraktionen, Gewerkschaften, Vertreter anderer Religionsgemeinschaften und befreundeter Organisationen) und den Mitgliedern der Gemeinde wurde angestoßen.

Der eigens für das Jubiläumsjahr ins Leben gerufene Projektchor unter Leitung von Gemeindereferentin Marlene Siegel sorgte für die passende musikalische Umrahmung der Veranstaltung.

Beim anschließenden gemeinsamen Umtrunk führte Landessprecherin Renate Bauer die Gäste durch die Ausstellung „Freiheit leben! Der Weg der Freireligiösen Gemeinde Ludwigshafen“, die im Johannes-Ronge-Saal noch bis Anfang Dezember zu sehen ist.

Freireligiöse Gemeinde Ludwigshafen



pfw – Pressdienst des Dachverbandes Freier Weltanschauungsgemeinschaften e.V.

Präsidentin: Renate Bauer, Otto-Dill-Str. 20, 67061 Ludwigshafen, Tel. 0621-581718

Auswertung/Abdruck honorarfrei. Belegexemplar erbeten an die pfw-Redaktion:

Ortrun E. Lenz M.A., Beethovenstr. 96, 63263 Neu-Isenburg, Tel. 06102-723509, Fax 723513

E-Mail: praesidentin-dfw@t-online.de * ortrun.e.lenz@t-online.de

Bewegt sich was in Deutschland?

Zwei Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes (BVerfGE) lassen aufhorchen: Seit 1998 das „Rome Statute of the International Criminal Court (ICC)“, aufgrund der Vorkommnisse in Ruanda die individuelle Verantwortung für Menschenrechtsverletzungen festschrieb, fallen nun auch in der Deutschen Justiz Urteile zu Auschwitz offensichtlich anders aus.

Im Falle Gröning, einem Buchhalter in Auschwitz, wird ihm nun die Beteiligung am Massenmord doch zum Verhängnis. Eine völlig neue Wertung, die nicht mehr die Ausflucht auf den Befehl von Oben zulässt.

Deutschland wird von seinen Gerichten her demokratischer, denn letzten Endes ist die Berufung auf den Befehl von Oben eine Ausflucht, die Alles rechtfertigen lässt. Es ist höchste Zeit, unsere Grundwerte zu schützen, um nicht in Deutschland und Europa ins Mittelalter zurückzufallen. Das ist von den Gerichten her eine klare Botschaft an alle Fundamentalisten!

Ein zweiter Beschluss des BVerfGE vom 27. Oktober 2016 lässt ebenfalls aufhorchen:

„Die Befreiungsfestigkeit des besonderen Stilleschutzes am Karfreitag ist mit den Grundrechten unvereinbar“. Ein Beschluss, den der Bund für Geistesfreiheit in Bayern erreicht hat.

Wir selber haben 2007 an der Veranstaltung „Religionsfreie Zone München“ teilgenommen. Das war vor 9 Jahren. Langsam mahlen die Mühlen der Justiz. Aber der Beschluss lässt aufhorchen.

Wir Unitarier haben ja mit dem Wörtchen „Religion“ so unsere Schwierigkeit, weil wir es nicht in herkömmlichen Sinne verstehen. Wolfgang Deppert sprach daher vor Jahrzehnten von der „atheistischen Religion“.

Das BVerfGE hat den Begriff „Religion“ im herkömmlichen Sinne gebraucht. Es kam - mit meinen Worten - zum Ergebnis: in einer pluralen Gesellschaft dürfen die Rechte einzelner Träger der Gesellschaft nicht auf alle übertragen werden. So heißt es:

„Die Regelung des Bayerischen Gesetzes über den Schutz der Sonn- und Feiertage (FTG), die den Karfreitag als gesetzlichen Feiertag anerkennt und mit einem qualifizierten Stilleschutz ausstattet, ist grundsätzlich verfassungsgemäß. Die Befreiungsfestigkeit dieses Tages, die eine Befreiung von den damit verbundenen Handlungsverboten selbst aus wichtigen Gründen ausschließt (Art. 5 Halbsatz 2 FTG), erweist sich jedoch als unverhältnismäßig. Dies hat der Erste Senat des BVerfGE mit heute veröffentlichtem Beschluss entschieden. Damit hat er der Verfassungsbeschwerde einer Weltanschauungsgemeinschaft gegen die teilweise Untersagung einer am Karfreitag geplanten öffentlichen Veranstaltung stattgegeben“.

Damit wird zum ersten mal vom höchsten Deutschen Gericht anerkannt, dass wir in einer pluralen Gesellschaft leben, die ihren Grundwerten zu folgen hat. Die klerikale Gesellschaft wird nach und nach überwunden.

Hut ab vor dem BVerfGE, denn es ist auch eine klare Botschaft an die politisch Verantwortlichen, dass die demokratischen Prinzipien Vorrang vor klerikalen Interessen haben.

Die 50 Seiten Begründung konnte ich hier natürlich nicht bringen.

Dennoch bleibt die Lage des ICC schwierig und auch wir als Unitarier müssen wachsam bleiben, denn von den fünf ständigen Sicherheitsratmitgliedern der UNO haben nur Frankreich und England das Statut ratifiziert.

Ottobrunn, 4.12.2016
Horst Prem



pfw – Pressediens des Dachverbandes Freier Weltanschauungsgemeinschaften e.V.

Präsidentin: Renate Bauer, Otto-Dill-Str. 20, 67061 Ludwigshafen, Tel. 0621-581718

Auswertung/Abdruck honorarfrei. Belegexemplar erbeten an die pfw-Redaktion:

Ortrun E. Lenz M.A., Beethovenstr. 96, 63263 Neu-Isenburg, Tel. 06102-723509, Fax 723513

E-Mail: praesidentin-dfw@t-online.de * ortrun.e.lenz@t-online.de

Rechtspopulisten die Stirn bieten

Nicht ganz auf den Tag genau hat am 12.12.2016 im Amtsgericht Ludwigshafen eine Gedenkveranstaltung an die Deklaration der Menschenrechte am 10. Dezember 1948 durch die Vollversammlung der Vereinten Nationen erinnert. In einem Vortrag, einem dokumentarischen Theaterspiel und der Bilderserie über eine „Stolperstein“-Verlegung im März standen insbesondere die beiden Menschenrechte der Meinungs- und der Religionsfreiheit im Mittelpunkt.

Bei der Veranstaltung im Foyer konnte Amtsgerichtsdirektor und Hausherr Ansgar Schreiner in diesem Jahr zahlreiche Gäste begrüßen, darunter Vertreter von Justiz, Polizei und Politik. Gekommen war auch der Grundkurs „Darstellendes Spiel“ der 12. Klasse des Mundenheimer Heinrich-Böll-Gymnasiums, um ein dokumentarisches Theaterstück über das Leben des Arbeiters und Gewerkschafters Paul Liebel aufzuführen, der während der Nazi-Zeit wegen seiner politischen Betätigung im Konzentrationslager saß. Sie finde es „ganz toll“, dass zum Tag der Menschenrechte eine solche Veranstaltung im Amtsgericht stattfindet, meinte Mundenheims Ortsvorsteherin und SPD-Landtagsabgeordnete Anke Simon. „Wir müssen das Thema Menschenrechte weiter diskutieren, gerade wenn Rechtspopulisten aktuell wieder Stimmung machen und agitieren“, stellte Simon eine Verbindung zur Gegenwart her. In ihrem Vortrag beschäftigte sich Renate Bauer, Landessprecherin der Freireligiösen Landesgemeinde Pfalz, mit den beiden Menschenrechten der Religionsfreiheit (Artikel 18) und der Meinungsfreiheit (Artikel 19). Seit dem 16. Jahrhundert sei in Deutschland die inzwischen im Grundgesetz verankerte Religionsfreiheit umkämpft gewesen, erinnerte Bauer. Auch Freireligiöse Gemeinden seien mehrfach verboten worden. Noch immer sei die Freiheit des Glaubens und der Weltanschauung ein Reibungspunkt in vielen Staaten. Bei der Meinungsfreiheit sei eine großzügige Auslegung wichtig. Allerdings gebe es Grenzen bei persönlicher Beleidigung, dem Aufruf zu Hass und Gewalt, der Leugnung der Nazi-Verbrechen und im Jugendschutz. Vor gar nicht allzu langer Zeit, etwa während des Nationalsozialismus, seien hierzulande Menschen wegen ihrer Religion oder Meinung verfolgt worden. „Wir dürfen diese Freiheiten heute nicht für so selbstverständlich halten“, appellierte Bauer an die Zuhörer. [...]

Gerhard Bühler (aus „Die Rheinpfalz“, 13.12.2016)

Buchbesprechung

A. Grabner-Haider/ E. Satter, Filz und Altar, Neu-Isenburg 2016, Angelika Lenz Verlag, 225 Seiten.

Der Religionsphilosoph Anton Grabner-Haider behandelt auf 137 Seiten in einem ersten und zweiten Teil des Buches die älteren und neueren Verflechtungen von Religion und Politik, wobei der Schwerpunkt seiner Ausführungen praktisch exklusiv den Vernetzungen, Verfilzungen und Verschmelzungen zwischen Kirchenchristentum und Staat gewidmet ist. Andere Religionen werden höchstens marginal gestreift. So gipfeln denn auch die Gedankengänge dieses ersten und zweiten Buchtitels in dem Endresultat, dass „die Verflechtung von Religion und Politik im Christentum ihren Höhepunkt fand“, eine These, der man durchaus zustimmen kann. Aber man hätte sich doch ein paar Exkurse konkreterer Art über andere Weltreligionen in ihrem Verhältnis zur Politik gewünscht, vielleicht sogar einige fundierte Hinweise auf primitive Formen von Religionspolitik in Stammes-, Volks- und Kulturreligionen unterhalb der Schwelle der großen Weltreligionen.

Grabner-Haider gleitet flott und locker über die Vielfalt der einzelnen teils konfliktreichen, teils kompromissleichen Epochen der Kirchenstaatsgeschichte von 2000 Jahren, so dass sich das Buch auch als eine erste, leichte und verständliche Einführung in die betreffende Thematik im Rahmen eines freieren Religions- bzw. Ethikunterrichts eignen würde. Leider hat der Autor ganz wesentliche Literatur zu dieser Thematik unberücksichtigt, ja völlig unerwähnt gelassen wie z.B. Karl Heinz Deschners vielbändige „Kriminalgeschichte des Christentums“.



pfw – Pressedienst des Dachverbandes Freier Weltanschauungsgemeinschaften e.V.

Präsidentin: Renate Bauer, Otto-Dill-Str. 20, 67061 Ludwigshafen, Tel. 0621-581718

Auswertung/Abdruck honorarfrei. Belegexemplar erbeten an die pfw-Redaktion:

Ortrun E. Lenz M.A., Beethovenstr. 96, 63263 Neu-Isenburg, Tel. 06102-723509, Fax 723513

E-Mail: praesidentin-dfw@t-online.de * ortrun.e.lenz@t-online.de

pfw

Pressediens Freier Weltanschauungsgemeinschaften

In den Kapiteln über die letzten drei Päpste fehlt jeglicher Hinweis auf auch in den Medien als Standardwerke charakterisierte Bücher des Rezensenten wie „Der polnische Papst. Bilanz eines Pontifikats“, „Papst-Entzauberung“ (über Ratzinger) und „Papst Franziskus. Eine kritische Biografie“. Vielleicht könnte eine weitere Auflage des Buches diese Lücken schließen.

Der dritte Buchteil u.d.T. „Sicht der Kirchenfreien“ (S. 145–230) hat den Kulturphilosophen und Ethiker Erich Satter zum Autor. Im Unterschied zu den mehr historisch vorgehenden Passagen des ersten und zweiten Teils beschäftigt sich Satter eingehend mit den Grundfragen und -bedingungen kirchenfreier Religiosität, liberalen Denkens, humanistischer Werte und einer autonomen, also nicht theonomen Ethik. Diesem Teil des Buches gebührt vor allem das Verdienst, eine erste Ordnung in den Dschungel der zahlreichen in Deutschland vorhandenen frei-religiösen, freigeistigen, freidenkerischen, humanistischen, pantheistischen, agnostischen und atheistischen Vereine und Verbände gebracht und alle diese Gruppierungen in der vorgegebenen Kürze auch weitgehend authentisch und adäquat charakterisiert zu haben (vgl. dazu auch: H. Mynarek, Wertrangordnung und Humanität, Essen 2014).

Den vierten und letzten Teil des Buches hat Frau Susanne Berndt beige-steuert. Sie behandelt fundiert unter vornehmlich juristischen Gesichtspunkten Probleme der Selbstbestimmung, der Sterbehilfe und die Frage warum es überhaupt noch theologische Fakultäten an den Universitäten und unter kirchlichem Einfluss stehenden Religionsunterricht an den Schulen gibt.

Prof. Dr. Hubertus Mynarek (Oderndorf)

Buchbesprechung: Garbor Steingart – Weltbeben – Leben im Zeitalter der Überforderung

Anliegend eine Buchbesprechung in Stichworten; ein sehr lesenswertes Buch vom Herausgeber des Handelsblattes. Ich beschränke mich auf die Kapitelüberschriften und Kommentare meinerseits.

Amerika – Weltmacht auf Abruf: „gemeint sind wohl die USA; dennoch ist diese schonungslose Analyse höchst treffend.“

Europa – ein Kontinent wird gespalten: „die demokratische Legitimation der EU fehlt; dieses Manko wird uns noch auf die Füße fallen. Denn hieraus resultieren viele unnötige Probleme in der Zusammenarbeit der Staaten, die unnötige Gipfeltreffen erfordern.“

Kapitalismus – Verlust von Maß und Mitte: „praktizierter Klimaschutz würde den Betrug im Kapitalismus eindämmen. Das Klima ist nicht zu betrügen!“

Finanzmarkt – Die unheilige Allianz von Banken und Staat: „dadurch werden die demokratischen Prinzipien ausgehebelt.“

Digitalisierung – Das Gespenst der Nutzlosigkeit: „oder der Abbau der Dienstleistungsgesellschaft.“

Populismus – wie die Eliten unsere Welt fiktionalisieren und banalisieren; der nicht in Anführungsstrichen stehende Text stammt aus dem Buch: Die Wahrheit ist dem Menschen zumutbar...Die politischen Akteure in Washington, London, Paris und Berlin sind anderer Meinung.

Demokratie – Der kommende Aufstand der Bürger: „die Volksparteien sind abzulösen, mehr unabhängige Direktkandidaten ins Parlament. Es reicht, wenn die Volksparteien die Listenplätze auskugeln.“

Ich hoffe, ich habe Ihnen Mut gemacht, dieses Buch zu lesen. Mit freundlichen Grüßen

Horst Prem



pfw – Pressediens des Dachverbandes Freier Weltanschauungsgemeinschaften e.V.

Präsidentin: Renate Bauer, Otto-Dill-Str. 20, 67061 Ludwigshafen, Tel. 0621-581718

Auswertung/Abdruck honorarfrei. Belegexemplar erbeten an die pfw-Redaktion:

Ortrun E. Lenz M.A., Beethovenstr. 96, 63263 Neu-Isenburg, Tel. 06102-723509, Fax 723513

E-Mail: praesidentin-dfw@t-online.de * ortrun.e.lenz@t-online.de